

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **14.08.2017** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-HFV/008

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:11 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:07 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:21 Uhr

---

**Anwesend: stellv. Vorsitzender**

Pollehn, Armin

**Mitglied/Mitglieder**

Braun, Hartmut  
Dreeskornfeld, Thomas  
Fleischmann, Michael  
Hinz, Gerald  
Kirstein, Lukas  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wichmann, Christiane

**stellv. Mitglied/Mitglieder**

Weilert-Penk, Christa

**Beratende/s Mitglied/er**

Waldeck, Jürgen

**Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

**Verwaltung**

Gawert, Ulrike  
Hammermeister, Lars  
Korn, Carsten  
Kugel, Michael  
Philipps, Lutz  
Vierke, Silke

**TAGESORDNUNG**

**Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 12.06.2017

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Mitteilung - 1. Finanzbericht 2017  
Vorlage: 2017 0315
4. Änderung der Ehrungsrichtlinien der Stadt Burgdorf - Antrag der AfD-Fraktion vom 20.03.2017 -  
Vorlage: 2017 0203
  - 4.1. Änderung der Ehrungsrichtlinien der Stadt Burgdorf - Antrag der AfD-Fraktion vom 20.03.2017 -  
Vorlage: 2017 0203/1
5. Änderung der Hundesteuersatzung - Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.06.2017  
Vorlage: 2017 0295
6. Finanzstatusprüfung Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2017 0283
7. 4. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung  
Vorlage: 2017 0284
8. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2016  
Vorlage: 2017 0297
9. Anfragen laut Geschäftsordnung
  - 9.1. Anfrage gemäß Geschäftsordnung zu Spielcasino und Glückspielsteuer  
Vorlage: 2017 0285
10. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Pollehn** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde in der diesem Protokoll vorangestellten Form  einstimmig  beschlossen.

##### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 12.06.2017**

---

Das Protokoll über die Sitzung vom 12.06.2017 wurde  einstimmig  beschlossen.

### **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Philipps** teilte mit, dass z.Zt. ein Liquiditätskredit von 4 Mio. € zu einem Zinssatz von -0,09 % aufgenommen sei. Bis zum heutigen Tag habe die Stadt Burgdorf für Liquiditätskredite 10,07 € an Zinsen gezahlt; an Guthabenzinsen wurden bisher 817,19 € vereinnahmt.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer – so **Herr Philipps** – habe die Stadt Burgdorf nach Abrechnung des 2. Quartals 2017 Mehrerträge von rd. 186 T€ erhalten. Gegenüber dem Ist des Jahres 2016 ist ein um 621.906 € höherer Ansatz für 2017 gebildet worden. Nach dem Orientierungsdatenerlass sei – wie im 1. Finanzbericht 2017 bereits dargestellt – mit Mehrerträgen von rd. 323 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz 2017 zu rechnen.

#### **3.1. Mitteilung - 1. Finanzbericht 2017 Vorlage: 2017 0315**

---

**Herr Hammermeister** fasste das Ergebnis des 1. Finanzberichtes kurz zusammen. Er wies darauf hin, dass die Region Hannover die Hebesätze gesenkt habe, was aber bei Verabschiedung des Haushalts 2017 noch nicht bekannt gewesen sei.

#### **4. Änderung der Ehrungsrichtlinien der Stadt Burgdorf - Antrag der AfD-Fraktion vom 20.03.2017 - Vorlage: 2017 0203**

---

##### **4.1. Änderung der Ehrungsrichtlinien der Stadt Burgdorf - Antrag der AfD-Fraktion vom 20.03.2017 - Vorlage: 2017 0203/1**

---

**Herr Hinz** verwies auf die Stellungnahme des Vereins für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen aus Hannover. Auch er sei der Meinung, dass der Antrag der Inklusion sowie der Gleichbehandlung widerspreche. Er bedankte sich bei Frau Wichmann für die Aufarbeitung dieses Themas, sehe aber keine Veranlassung, die Ehrungsrichtlinien in diesem Punkt zu ändern.

Auch die anderen Ausschussmitglieder verwiesen auf eine Gleichbehandlung behinderter und nicht behinderter Menschen und lehnten eine Änderung der Ehrungsrichtlinien ab.

**Herr Baxmann** betonte, dass aus seiner Erfahrung die Betroffenen meist keine Unterscheidung schätzen. Ihnen sei an einer Gleichbehandlung gelegen.

**Frau Wichmann** bedauerte es, dass eine Änderung der Ehrungsrichtlinien nicht gewünscht sei, da in ihren Augen damit ein Signal im Hinblick auf ehrenamtliche Arbeit von behinderten Menschen gesetzt worden wäre.

Mit 1 Ja- sowie 8 Neinstimmen wurde der Antrag abgelehnt.

**5. Änderung der Hundesteuersatzung - Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.06.2017  
Vorlage: 2017 0295**

---

Von Herrn Fleischmann ist zu dem Antrag der CDU-Fraktion am heutigen Tage ein Änderungsantrag eingegangen, der den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde.

**Herr Fleischmann** erläuterte den Änderungsantrag noch einmal ausführlich.

**Herr Hinz** wies darauf hin, dass eine Steuerbefreiung einen hohen Verwaltungsaufwand verursache. Bei den jährlichen Kosten für die Haltung eines Hundes sei die Hundesteuer ein sehr kleiner Posten. Von der SPD-Fraktion werde der Antrag abgelehnt.

Auch die WGS-Fraktion – so **Herr Schulz** – lehne den Antrag ab. In seinen Augen sei die Hundesteuersatzung z.Zt. ausgewogen und bedürfe keiner Änderung.

**Herr Philipps** erklärte, dass in Burgdorf z.Zt. 1.780 Hunde von 1.599 Hundehaltern angemeldet worden seien. 19 Hundehalter erhielten eine Steuerermäßigung (50%, überwiegend für Wachhunde). 14 Hundehalter seien von der Steuer bereit (überwiegend wegen 100%iger Schwerbehinderung). Derzeit gebe es nur 2 Hunde, die durch das zuständige Veterinäramt (Region Hannover) als gefährlich eingestuft seien. Im Nieders. Hundegesetz sei genau definiert, welche Hunde als gefährlich eingestuft werden.

Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag der CDU-Fraktion durch **Herrn Kirstein** zurückgezogen.

Der Änderungsantrag von Herrn Fleischmann wird den Mitgliedern des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten über eine Vorlage mit dem Hinweis, dass der Antrag der CDU-Fraktion zurückgezogen wurde, nachrichtlich zur Kenntnis gegeben.

**6. Finanzstatusprüfung Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2017 0283**

---

**Herr Hammermeister** wies darauf hin, dass es auf Seite 18 zur Textziffer 26 lauten müsse „durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Burgdorf“ und nicht wie im Bericht angegeben „Region Hannover“.

**Frau Wichmann** erklärte, dass der in der Zeitung erschienene Bericht die Finanzsituation der Stadt Burgdorf zu positiv dargestellt habe. Der vorliegende Bericht zur Finanzstatusprüfung enthalte aber deutliche Warnhinwei-

se. Besonders die Personalkosten seien in den letzten Jahren deutlich angestiegen.

**Herr Baxmann** wies darauf hin, dass der Zeitungsartikel sich mit dem 1. Finanzbericht 2017 befasst habe. Darin sei auf die positive Entwicklung des Jahres 2017 gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan 2017 eingegangen worden.

**Herr Schulz** erklärte, dass ein wesentlicher Bestandteil der letzten Haushaltsberatungen die Personalentwicklung in der Stadt Burgdorf gewesen sei. Die finanzielle Situation der Stadt sei zwar schlecht, aber im Gegensatz zu manch anderen Kommunen müsse trotzdem noch eine Entschuldungsumlage gezahlt werden.

**Herr Philipps** wies darauf hin, dass bei den Kennzahlen zur Personalintensität berücksichtigt werden müsse, dass in Burgdorf viele Einrichtungen nicht ausgelagert seien, sondern selbst betrieben werden wie Bauhöfe, der Bereich Abwasser sowie die eigenen KiTa's. Diese Bereiche seien sehr personalintensiv.

**Herr Pollehn** merkte an, dass seiner Meinung nach der Personalaufwand zu hoch sei. Auch zeige sich eine deutlich steigende Tendenz bei der Entwicklung der Zinsen und Tilgung. Dieses werde auch in der Tabelle auf Seite 19 des Berichtes deutlich dargestellt. Hier sollte dringend eine Diskussion in der AG Haushaltssicherung zu den dargestellten Zahlen erfolgen.

**Herr Dreeskornfeld** wies auf Tz. 15 auf Seite 11 hin und betonte, dass nicht nur die Ausgabenseite zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden dürfe, sondern auch über höhere Einnahmen diskutiert werden müsse.

Anschließend wurde folgender einstimmiger Beschlussvorschlag gefasst:

**Der Rat nimmt die Prüfungsmitteilung über die Finanzstatusprüfung der Stadt Burgdorf zur Kenntnis.**

**7. 4. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung  
Vorlage: 2017 0284**

---

**Herr Hammermeister** wies darauf hin, dass bereits zusammen mit der Haushaltssatzung 2016 im Haushaltssicherungskonzept eine Anhebung der Spielgerätesteuern für 2018 auf 20 v.H. vorgesehen war. Durch die Rechtsprechung des OVG seien in diesem Jahr zwei Urteile gefällt worden, wonach eine Erhöhung des Steuersatzes auf 18 v.H. bzw. 19 v.H. möglich sei. Von daher werde eine Erhöhung des Steuersatzes ab 01.10.2017 auf 19 v.H. empfohlen.

Bei 6 Ja- und 3 Neinstimmen fasste der Ausschuss folgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Die als Anlage 1 der Vorlage 2017 0284 sowie der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung wird beschlossen.**

**8. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2016  
Vorlage: 2017 0297**

---

Herr Baxmann und Herr Hinz nahmen als Mitglieder des Verwaltungsrats im Zuschauerraum Platz.

**Frau Vierke** gab eine kurze Zusammenfassung des Berichtes der Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes. Die Entlastung des Vorstandes durch den Verwaltungsrat sei in der Sitzung am 28.06.2017 erfolgt. Mit der Vorlage werde dem Rat empfohlen, dem Verwaltungsrat ebenfalls Entlastung zu erteilen.

**Herr Fleischmann** kritisierte, dass der Verwaltungsrat seinem Auftrag nicht gerecht werde. Z.Zt. erhalten die Sparkassen ihr Geld fast umsonst, geben diesen Vorteil (insbesondere bei den Dispo-Krediten) aber an die Privatkunden nicht weiter. Er könne daher einer Entlastung des Verwaltungsrats nicht zustimmen.

**Herr Schulz** wies darauf hin, dass die Stadtsparkasse ein großer Arbeitgeber und Steuerzahler in der Stadt sei.

Nach Hinweis durch **Herrn Schulz** nahm auch Herr Pollehn im Zuschauerraum Platz, da die Entlastung zum Jahresabschluss 2016 erfolgen solle und Herr Pollehn in diesem Jahr ebenfalls Mitglied im Verwaltungsrat war. **Frau Weilert-Penk** übernahm vorübergehend den Vorsitz und ließ über die Vorlage abstimmen.

Mit 6 Jastimmen sowie 1 Neinstimme fasste der Ausschuss folgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2016 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.**

**9. Anfragen laut Geschäftsordnung**

---

**9.1. Anfrage gemäß Geschäftsordnung zu Spielcasino und Glückspielsteuer  
Vorlage: 2017 0285**

---

Die Anfrage wurde zur Kenntnis genommen.

**10. Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr Hinz** wies darauf hin, dass die Beschilderung der Toiletten am Bahnhof nicht gut erkennbar sei.

Die Straße ‚Am Kieswerk‘ – so **Herr Hinz** - sei von der ‚Fichtestraße‘ aus in

den Landkarten als durchgängig bezeichnet, was regelmäßig dazu führe, dass Fahrzeuge am Ende der Sackgasse wenden und zurückfahren müssten.

Außerdem bat **Herr Hinz** darum, in der Straße ‚Fichtestraße‘ auch die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu messen, da die Anlieger feststellten, dass die Straße regelmäßig als Durchgangsstraße vom Langen Mühlenfeld aus mit erhöhter Geschwindigkeit genutzt werde.

**Herr Fleischmann** lobte die neue Brücke mit erhöhtem Geländer an der Mühlenstraße und bat darum, an anderen Brücken auch erhöhte Geländer anzubringen, damit die Radfahrer dort nicht regelmäßig absteigen müssten.

**Frau Weilert-Penk** wies darauf hin, dass die Tempo 20-Zone in der Marktstraße für Auswärtige nicht ausreichend gekennzeichnet sei.

Außerdem sei durch den Seniorenrat an sie die Bitte herangetragen worden, einen Übergang über die Marktstraße in Höhe des Aldi-Marktes herzustellen.

### **Einwohnerfragestunde**

Die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner brachten ihre Verwunderung über den gestellten Antrag zur Hundesteuer zum Ausdruck. In ihren Augen sei die Hundesteuer mit etwas mehr als 6,00 €/Monat nicht zu hoch. Ein Hund verursache im Laufe des Jahres wesentlich höhere Kosten (Futter, Versicherung, Tierarzt usw.), so dass die Hundesteuer nur einen kleinen Anteil daran ausmache.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin